

## Plus 2 für Müller

Angesichts der Probleme in diesen Zeiten, haben Politiker nicht viel Grund zur Freude. In Berlin nicht und auch nicht im ganzen Land. Da beruhigt es umso mehr, wenn wenigstens die Umfragewerte stimmen. Und mit diesen können SPD und Linke zufrieden sein. Rot-Rot lässt grüßen. Nach der neuesten Forsa-Umfrage der Berliner Zeitung, in der 1.003 Berliner zwischen dem 19. und 29. Oktober telefonisch befragt wurden, liegt die SPD stabil bei 29 Prozent. Die CDU hat einen Punkt verloren und liegt jetzt bei 22 Prozent. Die Grünen rutschen um zwei Punkte ab auf 16 Prozent, während die Linke zwei hinzugewinnt und nun mit 17 Prozent vor den Grünen liegt. Die Piraten verbessern sich um ein Prozent auf 4, die FDP legt gleich zwei Prozent zu auf ebenfalls 4 und die AfD verharrt auf 3 Prozent. Die drei Letztgenannten verbindet, dass sie, wenn am nächsten Sonntag Wahlen stattfänden, nicht ins Abgeordnetenhaus einziehen würden. Rot-Rot, aber auch Rot-Grün hätte eine Mandatsmehrheit.

In der Liste der 16 wichtigsten Politiker der Stadt liegen drei Sozialdemokraten vorn: Platz 1 Michael Müller, der wieder die +2,0 erreicht hat, Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen mit deutlichem Abstand zu seinem Chef auf Platz 2 mit +1,2, immerhin um 0,3 Zähler verbessert, und auch Raed Saleh hat sich mit 0,2 Zählern auf +1,0 verbessert. Ein leichtes Minus muss Mario Czaja hinnehmen, -0,1 auf jetzt +0,7, Platz 6. CDU-Chef Frank Henkel verzeichnet hingegen ein leichtes Plus von 0,1 auf +0,6 und belegt jetzt den Platz 8.

Zwei des Grünen Spitzen-Quartetts, nämlich die Fraktionsvorsitzenden Ramona Pop (Platz 13 +0,3) und Antje Kapek (Platz 15 + 0,2) haben je 0,2 Zähler zum Vormonat verloren. Das Konzept einer Vierer-Kandidatengruppe ist schon im Ansatz gescheitert.

Wenn auch das Bekanntwerden des Mordes an dem vierjährigen Mohamed am Rande des Befragungszeitraums von Forsa liegt, die Entführung selbst aber in dieser Zeit, so muss es doch für den Regierenden Bürgermeister eine Genugtuung sein, dass die Bevölkerung zwischen Tat und Entführungsort zu differenzieren weiß. Kein ernsthaft denkender Mensch kann einen Zusammenhang zwischen welchen chaotischen Verhältnissen am LaGeSo, der Entführung und den am folgenden Tag durchgeführten Mord herstellen. Vor allem nicht mehr, nachdem bekannt wurde, dass auf das Konto des (vermutlichen) Täters auch der Mord am sechsjährigen Elias aus Potsdam

geht, der auf einem Spielplatz entführt wurde, auf dem es nicht annähernd so zugegangen sein wird wie in Moabit. Die BZ versuchte jedoch genau diesen Zusammenhang herzustellen. (Siehe Newsletter 522. Q vom 30.10.2015). Zwar konnte die BZ bei Erscheinen ihrer widerwärtigen Titelseite am 30.10. noch nicht wissen, dass auch Elias vom selben Täter (nach dessen Geständnis) umgebracht wurde, einen Tag später aber schon. Das hinderte das Blatt nicht daran, mit einem unglaublich primitiven Fragenkatalog den Regierenden Bürgermeister, den Innen- und Sozialsenator zu belästigen. Die drei Herren hätten sich absprechen und gar nicht antworten sollen.

„Nicht unwahrscheinlich, dass der Täter bewusst die Einrichtung aufgesucht hat, um ein Kind zu entführen“, schreibt die BZ am 31.10.2015. Auf die BZ-Theorie ist eine der beiden Grünen-Vorsitzenden und Mitglied des Wahlkampf-Spitzen-Quartetts, Bettina Jarasch, aufgesprungen. Sie „befürchtet“, so die BZ, dass, Zitat: „die chaotischen Verhältnisse am Lageso eine Entführung so leicht gemacht haben.“

Innensenator Henkel wirft Jarasch Zynismus vor. Wörtlich zur BZ: „Ich halte es für abstoßend, politisches Kapital aus dieser eiskalten Tat schlagen zu wollen und sie mit den Herausforderungen der Flüchtlingslage zu vermischen. Solche entsetzlichen Verbrechen können auch in anderen Kontexten passieren.“ Und der Regierende Michael Müller sagte zur BZ: „Im Angesicht der tragischen Ereignisse von zwei Kindsmorden ist es unseres Erachtens darüber hinaus in hohem Maße unangemessen und ethisch fragwürdig, den von Ihnen offenbar intendierten Zusammenhang herzustellen.“

Die Lage, in der sich ganz Deutschland angesichts des nicht abbreißenden Flüchtlingsstroms befindet, ist ernst. Gegenseitige Schuldzuweisungen verschlimmern die Situation. Zusammenstehen aller demokratischen Kräfte ist jetzt das Gebot der Stunde. Und die Medien könnten durch eine weniger reißerische Berichterstattung viel zur Sachlichkeit beitragen. Was bezweckt die BZ mit ihren konstruierten Verdächtigungen? Einen Informationsgehalt haben „wahrscheinliche“ Tatbestände nicht. Es ist eine blanke Stimmungsmache, die die schwierige Lage verschlimmert anstatt sie zu beruhigen. Welche Auffassung von Journalismus haben die Verantwortlichen bei der BZ, deren verkaufte Auflage von 1998 bis Ende 2012 um 54 Prozent gesunken ist. (Quelle: wikipedia) Da kann man nur sagen: macht weiter so, Jungs...

**Ed Koch**